

## **PRESSEMELDUNG**

23. Februar 2022

MIT fordert Belastungsmoratorium

### **„Ampel muss Notbremse für den Mittelstand ziehen. Betriebe brauchen Belastungsmoratorium und Entlastungspaket“**

Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) fordert angesichts der brenzigen politischen und wirtschaftlichen Lage ein sofortiges Belastungsmoratorium für Unternehmen und Beschäftigte. Dazu Gitta Connemann, Bundesvorsitzende der MIT: „Viele Unternehmen haben sich noch nicht von den Auswirkungen von Corona erholt. Aktuell kommen explodierende Energie- und Rohstoffpreise dazu. Und auch der Russland-Konflikt wird massive wirtschaftliche Auswirkungen haben. Denn Sanktionen sind nötig.“

Völkerrechtsbruch und kriegerische Gewalt dürften nicht toleriert werden. Der Mittelstand dürfe allerdings nicht zum politischen Spielball werden. Deshalb müsse er an anderer Stelle entlastet werden. „Die Bundesregierung muss nun die Notbremse gegen zusätzliche Belastungen für die Wirtschaft ziehen. Jede weitere Bürokratie oder finanzielle Last schadet Unternehmen und ihren Beschäftigten. Jetzt ist nicht die Zeit für Ideologie, sondern für Planungssicherheit und Entlastung statt Belastung“, so Connemann.

Die MIT fordert ein Sofortentlastungspaket, insbesondere einen Energiepreis-Dämpfer. Dazu gehört die sofortige Abschaffung der EEG-Umlage für alle Stromkunden, die Ermäßigung der Mehrwertsteuer auf Strom, Gas und Fernwärme. Die Senkung der Strom-Steuer auf das europäische Mindestmaß. Und die Erhöhung der Pendlerpauschale.

Connemann: „Diese Maßnahmen würden alle sofort entlasten – Verbraucher und Betriebe. Darüber hinaus braucht unser Mittelstand als Beschäftigungsmotor Deutschlands einen Befreiungsschlag aus den Corona-Fesseln. Die Bundesregierung muss bei der steuerlichen Verlustverrechnung nachbessern, um den Unternehmen Liquidität zu verschaffen. Außerdem gehört der Solidaritätszuschlag für alle Steuerzahler und damit auch für Unternehmen sofort abgeschafft. Vor der Wahl hat gerade die FDP viel versprochen. Wieso handelt sie jetzt nicht?“

Um kleinere Unternehmen von Bürokratie zu entlasten, schlägt die MIT vor, die Grenzen für Buchführungspflichten anzuheben. Staatliche Betriebs- und Nutzungsgenehmigungen, die 2022 auslaufen, sollen automatisch um ein Jahr verlängert werden. Das von der MIT geforderte Belastungsmoratorium soll außerdem auf EU-Ebene ausgeweitet werden. „Weltweit reißen die Lieferketten auseinander. Die Engpässe sind besorgniserregend. Ausgerechnet jetzt wollen Deutschland und die EU die Lieferketten schärfer kontrollieren, während gleichzeitig in Osteuropa die Panzer rollen. Das ist unbegreiflich“, kritisiert Connemann.

*Die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) – vormals Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU – ist mit rund 25.000 Mitgliedern der größte parteipolitische Wirtschaftsverband in Deutschland. Die MIT setzt sich für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und für mehr wirtschaftliche Vernunft in der Politik ein.*

#### Kontakt

Hubertus Struck | Leiter Kommunikation | MIT-Bundesgeschäftsstelle  
Schadowstr. 3 | 10117 Berlin | T: 030 220798-17 | [struck@mit-bund.de](mailto:struck@mit-bund.de) | [www.mit-bund.de](http://www.mit-bund.de)